

Einfache Anfrage Böhi-Wil:
«Fehlende Solidarität der Regierung mit der Polizei?»

«Racial Profiling», d.h. die diskriminierende polizeiliche Kontrolle von Personen lediglich aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Herkunft, ist in den USA seit längerem ein Thema. Der Begriff wird nun aber ebenfalls in der Schweiz immer häufiger politisch verwendet bzw. instrumentalisiert. Auch die unbewilligte Demonstration vom 13. Juni 2020 in St.Gallen richtete sich unter anderem gegen vermeintlich ungerechtfertigte Personenkontrollen seitens der Polizei. Zudem handelte es sich um einen Protest gegen die Polizei an sich, wie die Fotos in der Beilage¹ belegen.

Die Regierung hat es bisher unterlassen, sich kritisch zur Demonstration vom 13. Juni 2020 zu äussern, die toleriert wurde, obwohl als Folge der Corona-Pandemie nach wie vor ein Versammlungsverbot in Kraft war. Ebenso hat es die Regierung versäumt, sich zur Verleumdung und Demütigung der Polizei anlässlich der Demonstration zu äussern.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, trotz der widerrechtlichen Duldung der Demonstration vom 13. Juni 2020 ihre Solidarität mit der Stadt- und Kantonspolizei öffentlich zu bezeugen?
2. Gab es in den letzten Jahren Anschuldigungen von «Racial Profiling» gegen die Stadt- oder Kantonspolizei und, wenn ja, in wie vielen Fällen erwiesen sich diese als gerechtfertigt?
3. Wie beurteilt die Regierung das Risiko, dass bei berechtigten Verdachtsmomenten Angehörige von ethnischen Minderheiten als Schutzbehauptung «Racial Profiling» vorschreiben bzw. dass die Polizei davon absieht, diese Personen zu kontrollieren, um sich nicht einem entsprechenden Vorwurf auszusetzen?»

23. Juli 2020

Böhi-Wil

¹ <https://www.ratsinfo.sg.ch/geschaefte/4884#documents>.